

Am Beispiel des Cotonou-Abkommens

Am 29.10.2007 wurde im Parlament der DG über das neue "Cotonou- Abkommen" abgestimmt, ein Abkommen der Europäischen Union mit einer Staatengruppe aus Afrika, dem karibischen und dem pazifischen Raum. Lambert Jaegers (ECOLO) hatte der VIVANT - Fraktion, wegen unserer Ablehnung des Vertragstextes, vorgeworfen, wir würden das Kind mit dem Bade ausschütten.

Der abgeänderte Vertragstext belässt die Bestimmungen der Welthandelsorganisation, des internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Bezug auf die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen für diese Länder: Dadurch geraten diese Staaten immer tiefer in die Schuldenfalle. Im FIAN- Bericht, Oktober 2007, wird die Meinung der VIVANT- Fraktion durch den bekannten Schweizer Wirtschaftsexperten Jean Ziegler bestätigt: Herr Ziegler fordert, das neue Abkommen zu stoppen, weil es das Recht auf Nahrung in den armen Ländern bedroht.

Das gleiche Szenario wie mit dem neuen "Cotonou- Abkommen" bietet sich nun mit dem neuen Abänderungsvertrag für Europa. Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages per Volksentscheid in Frankreich und in Holland, wird jetzt der gleiche Text, in den wichtigsten Bereichen Wirtschaft, Handel und Finanzen wortwörtlich übernommen, und es fehlen erneut wesentliche demokratische, soziale und ökologische Forderungen! So wird von unseren politischen Eliten ein immer inhumaneres Europa geschaffen. Zudem ist das ganze Vorgehen ein Akt purer Machtarroganz und Verantwortungslosigkeit!

Nach den Stellungnahmen der Fraktionen am 29.10.2007 hat Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) die Mehrheitsfraktionen dazu aufgerufen, dem abgeänderten Cotonou - Abkommen zuzustimmen, weil, wie er sich ausdrückte, das gut für uns sei! Der erste politische Mandatsträger in der DG beurteilt also das, was in den armen Länder zu noch mehr Elend und Armut führen wird, als vorteilhaft für Belgien und für die Bevölkerung in der DG. Sicher hat er dabei, ganz abgesehen von den ethisch-moralischen Zusammenhängen, auch die unmittelbaren Folgen nicht bedacht in Bezug auf eine zunehmende Zahl an Wirtschafts- und Hungerflüchtlingen aus diesen Ländern nach Belgien und also auch in die DG.

Angesichts der fortschreitenden neo-liberalen Ausbeutung im Rahmen der Globalisierung, und weil die politischen Eliten in Europa diesbezüglich versagen, tragen die Mitglieder in den verschiedenen Parlamenten eine immer größer werdende persönliche Verantwortung! Wir sind überzeugt, dass deshalb die gewählten Volksvertreter gegenüber den Parteiführungen und gegenüber den Regierungen persönlich gestärkt werden müssen.

Wesentliche Punkte der notwendigen Reform unserer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie sind für uns ein geheimer Abstimmungsmodus und die Aufhebung der Unterteilung nach Fraktionen in den Parlamenten.

Dr. Joseph Meyer

Dr. Ernst Meyer

VIVANT- Ostbelgien – www.vivant-ostbelgien.org